Freitag, 14. September.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: Illustrierte Unterhaltungs-Beilage (wöchentlich) [illegible]
Redaktion: [illegible] 1—3. Sprechstunde 10—11 Uhr vorm.
Expedition: Königstraße 59. Geöffnet 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr abds.
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: [illegible]
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 203, Expedition Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 85. Jahrgang.

1906. — Nr. 457.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Expedition Mk. 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern Mk. [illegible]
Zweimonatlich: [illegible]
Einmonatlich: [illegible]
Einzelnummer: [illegible] 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum [illegible] Pfg. Reklamezeile [illegible] Pfg.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Das ‚Evangelische Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen'

bringt in seiner Nr. 36 einen Artikel „vom Katholikentag in Essen". Sein Herausgeber, der neuerdings vielgenannte freisinnige Pfarrer Lic. Traub-Dortmund, liefert diese „ernsthafte Plauderei" auf Grund eigener Wahrnehmungen; er „bedauert", daß er nur einen Nachmittag (am Montag) anwesend sein konnte.

Wir möchten zunächst bemerken, daß in der fraglichen Nummer 36 des „Evangelischen Gemeindeblattes" nicht weniger als zwei Drittel des Raumes katholischen Angelegenheiten gewidmet sind; nur ein Drittel bleibt für die eigenen kirchlichen Angelegenheiten übrig. Diese Erscheinung, die ja nicht vereinzelt steht, wollen wir nicht kritisieren, sondern nur feststellen. Ein katholisches Kirchengemeindeblatt, das den protestantischen Angelegenheiten doppelt so viel Spalten widmete, als den katholischen, wird schwerlich aufzutreiben sein.

Herr Tr. erkennt an, daß das äußere Arrangement der Festhalle vorzüglich gewesen und für die Presse (auch die nichtkatholische) sehr gut gesorgt worden sei. „Von dem stereotypen Beifall", schreibt er weiter, „ist schon oft geredet worden. Ich hatte mir die Sache noch schlimmer gedacht. Bei den Reden von Porsch und Racke wurde verhältnismäßig wenig Beifall gespendet; desto reichlicher bei der Rede des Vorsitzenden. Er betonte stark den einheitlichen Charakter der ‚Demonstration.'" Diese Aeußerung eines Unparteiischen über den Beifall, den die Gegner gern als eine „Mache" oder als minderwertigen Ausbruch einer Hurrastimmung hinstellen möchten, ist nicht ohne Interesse. Der Verfasser dieser Zeilen hat als Stammgast auf den Katholikentagen schon öfter sein Augenmerk auf die Psychologie des Beifalls gerichtet und die Feinfühligkeit der versammelten Massen bewundert. Der Umfang und die Stärke des Beifalls stehen in der Regel ganz genau im Verhältnis zu der Durchschlagskraft der Argumente des Redners. Ist die Beweisführung verschnörkelt oder weniger tief durchdacht oder zu breit ausgetreten, so kann auch die schönste Tendenz und die schärfste Betonung nicht einen allgemeinen und rauschenden Beifall auslösen. Daneben wissen die Massen auch nach der Natur und dem Zweck der Ausführungen ihren Beifall abzumessen. Wenn z. B. der Abg. Dr. Porsch über die innerdiplomatische Geschichte der Schulgesetzgebung berichtet, so strengt die Versammlung mehr die Ohren, als die Hände an; wenn er dann aber die Aussichten und Aufgaben für die Zukunft darlegt und zur Arbeit auffordert, so fehlt es auch seiner absichtlich ruhig gehaltenen Rede nicht an sehr lebhaften Beifallskundgebungen. Herr Tr. bemerkt zu der Rede des Abg. Dr. Porsch sehr richtig: „Sie war gewandt und sachlich, und interessierte fast noch mehr durch das, was nur angedeutet war, als durch das, was ausgeführt wurde." Wir dürfen hinzufügen, daß unsere Massenversammlungen auf derartige „Andeutungen" prompt mit verständnisinnigem Beifall zu quittieren pflegen, was der politischen Schulung des katholischen Volkes bis in die breitesten Schichten hinein ein rühmliches Zeugnis ausstellt.

Herr Tr. betrachtet das Ganze als eine „Demonstration". Er fragt sich, wem die Demonstration gelten solle, und antwortet: „Ich meine: der preußischen Regierung, dem Deutschen Reich, nicht zum letzten dem Kaiser. Als die Antwort des Kaisers auf das Huldigungstelegramm einlief, erhob sich ungewohnter Beifall. Stürmisch und immer stürmischer wogte es durch die Halle. Der Kaiser hatte gehört auf die beiden Stichworte: konfessionelle Versöhnung und soziale Besserung. Wir bezweifeln gar nicht, daß ehrlicher, teilweis flammender Patriotismus in dieser Begeisterung sich Bahn brach. Es ist ein Fehler mancher Kreise, an der echten Vaterlandsliebe vieler deutscher Katholiken zu zweifeln."

Die letzteren Worte hat Herr Tr. selbst durch Sperrdruck hervorgehoben. Daß er nur „vielen" und nicht allen deutschen Katholiken die echte Vaterlandsliebe bescheinigt, hat wohl seinen Grund in dem diplomatischen Bestreben, dem befangenen Teile seiner Leser die bittere Pille etwas zu versüßen. — Im übrigen sollte Herr Tr. nicht übersehen, daß die „Demonstration" in erster Linie die eigene Erbauung und Stärkung bezweckt.

Herr Tr. wird wegen seiner gemachten Urteile über den Essener Katholikentag gewiß auch von den kulturkämpferischen Lehrern Pardon erhalten; denn zum Schluß treibt er selbst die kräftigste Kulturpaukerei. Er versteigt sich in Fettdruck zu dem kapitalen Satze:

„So lange die katholisch-deutsche Kirche nicht eine unabhängige Nationalkirche wird und damit ausdrücklich die Ansprüche dogmatischer Hierarchie, vor allem die Erziehung im Beichtstuhl aufgibt, muß aus Staatsgründen das Mißtrauen gegen alle Geschenke von Zentrumsgnaden genährt werden. Deshalb brauchte es einen Strich durch das, was im Syllabus steht, ehe überhaupt in einem modernen Staat ein wirklich ehrliches Verhältnis zur Papstkirche bestehen kann."

Herr Tr. mutet also den 20 Millionen deutschen Katholiken zu, ihren katholischen Glauben aufzugeben, wenn sie überhaupt als vertrauenswürdige Staatsbürger „ehrlich" anerkannt werden wollen. Daß hierin eine abscheuliche bürgerlich-politische Intoleranz liegt, scheint ihm nicht zum Bewußtsein zu kommen. Und warum dieser Ausbruch der Verfolgungssucht? Weil der Kardinal Vannutelli als „eigener Abgesandter der Kurie" in Köln erschienen ist. Das geschah bekanntlich erst am Mittwoch; Herr Tr. hat den Kardinal also nicht mehr selbst gesehen und gehört. Im Gegensatz zu dem sachgemäßen Urteil, das er über die eigenen Beobachtungen fällt, läßt er in diesem Punkt der Tendenz und Phantasie die Zügel schießen. Er sagt: „Vannutelli soll gerade den Widerstand gegen die französische Staatsgewalt auf diesem kirchlichen Gebiet (des Trennungsgesetzes) gestärkt haben", und auf dieses willkürliche „Soll" baut er kühne Schlußfolgerungen mit Hilfe weiterer tatsächlicher Unrichtigkeiten. Doch viel schlimmer noch ist die Fälschung der vielbesprochenen Ansprache des Kardinals. Herr Tr. behauptet, der Kardinal habe den deutschen Katholiken die Vorschrift gemacht, daß sie auch in bürgerlichen und sozialen Angelegenheiten sich der Kirche unterordnen müßten. In Wirklichkeit hat der Kardinal die bereits vorhandene Folgsamkeit der deutschen Katholiken gegenüber der Autorität der Bischöfe und des hl. Stuhles gelobt, und zwar in bezug auf die bürgerlichen und sozialen Angelegenheiten mit dem Zusatze: „soweit es die Religion berührt." Es bleibt also, und zwar unter Bestätigung durch den „römischen Kardinal", bei dem Grundsatze, den unser Windthorst 1887 im Kölner Gürzenich feierlich verkündete:

„Der hl. Vater spricht einen sehr wichtigen Grundsatz aus, daß in Fragen weltlicher Natur die Zentrumsfraktion, wie jeder Katholik, völlig frei nach ihrer Ueberzeugung urteilen und bestimmen kann, daß der hl. Stuhl in diese weltlichen Dinge sich nicht mische."

Wir werden ja Herrn Tr. und sein Gemeindeblatt nicht von ihrer Tendenz abbringen; aber wir dürfen wohl verlangen, daß er auch in Dingen, die er nicht selbst gesehen und gehört hat, nach dem wahren Tatbestande urteile.

Deutschland.

Berlin, 13. Sept.

Um die Monopolstellung Wörmanns in Westafrika zu beseitigen, bemühen sich schon seit längerer Zeit Hamburger und Bremer Reeder- und Handelsfirmen um die Schaffung von einer oder gegebenenfalls zweier neuer Schiffahrtsunternehmungen nach Westafrika. Wie die ‚Köln. Zeitung' erfährt, schweben zwischen den Firmen und anderen in Betracht kommenden Stellen zurzeit Verhandlungen, die sich aber noch in den Vorstadien befinden. Bei dieser Gelegenheit gibt die ‚Köln. Ztg.' zugleich eine interessante Uebersicht über die Entwickelung der Firma Wörmann.

Das Wörmannsche Geschäft nach der Westküste begann im Jahre 1849 mit Segelschiffen einen Tauschhandel. Nach und nach wurden an der Küste Faktoreien gegründet. Reederei und Warengeschäft gingen immer miteinander Hand in Hand. Erst im Jahre 1879 stellte die Firma ihr erstes Dampfschiff in den Westafrikadienst ein. Vom Jahre 1882 ab richtete die Firma C. Wörmann mit drei Dampfern eine regelmäßige Monatsverbindung zwischen Hamburg und Westafrika ein, die nun auch der Warenbeförderung für andere Firmen diente. Zwei Jahre später bildete sich mit 3 Millionen Mk. Kapital die Wörmann-Linie als Aktiengesellschaft und stellte noch weitere acht Dampfer ein. Im Jahre 1896 kaufte dann die Firma C. Wörmann den größten Teil der Aktien der Wörmann-Linie auf und änderte die Firma in „Woermann-Linie G. m. b. H." um. Sie hatte damals schon 15 Dampfer mit 28 000 Brutto-Registertonnen. Seitdem ist das Unternehmen wieder in eine Kommandit-Gesellschaft umgewandelt worden. Von Jahr zu Jahr stieg der Handel mit der Westküste und mit ihm die Zahl der Wörmannschen Schiffe; heute sind es 47, darunter einige prächtige große 7000 Tonnen-Dampfer mit einem Raumgehalt von rund 180 000 Brutto-Registertonnen. Elf verschiedene Linien befahren die Westküste Afrikas regelmäßig in neun Distrikten, jeder monatlich ein- bis zweimal. Dazu kommen zahlreiche Sonderdampfer. Immer bedeutender wird neben den Warentransporten die Beförderung von Personen.

Mit Recht läßt sich das Blatt aus Hamburg schreiben, es sei einleuchtend, daß sich unter diesen Umständen eine Monopolstellung der Wörmannlinie in Westafrika ergeben hat, die es der Linie ermöglicht, ihre Frachten zu diktieren. Ein gut geleitetes und kapitalkräftiges Unternehmen, dem auch ein Anteil an den für Staatsrechnung auszuführenden Transporten gesichert sein würde, könnte sehr wohl neben der Wörmannlinie bestehen. Zum Schluß versichert die ‚Köln. Ztg.', daß der „Norddeutsche Lloyd" an den Bestrebungen zur Gründung einer neuen Verbindung mit Westafrika nicht beteiligt sei.

Ein Podbielski in der Berliner Schulverwaltung. In dem ‚Schulzimmer', einem Fachblatt für Schuleinrichtungen, liest man:

Der Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904—05 ist erschienen; der Verfasser ist der Ohrenarzt Professor Dr. Arthur Hartmann, Mitglied der städtischen Schuldeputation zu Berlin. Dr. Hartmann ist finanziell an der Medizinischen Warenhausaktiengesellschaft zu Berlin beteiligt und stiller Teilhaber der Lehrmittel-Handlung von G. Winckelmann in Berlin. Es liegt uns fern, gegen den Vorsitzenden der Vereinigung Berliner Schulärzte einen Vorwurf zu erheben, aber die Tatsache, daß ein Teilhaber derartiger Geschäfte sich in so einflußreicher Stellung befindet, ist zweifellos imstande, die beteiligte Industrie zu beunruhigen, soweit sie gewöhnt ist, ohne Zwischenhändler direkt an die Verwaltungen zu liefern und daher bereits — ohne Einrechnung eines Zwischenhändlergewinnes — niedrigste Preise festgesetzt hat. Da die Schulärzte zu der Brauchbarkeit von Schuleinrichtungsgegenständen, Schulbänken, Lehrmitteln usw. vielfach Stellung zu nehmen haben, so ist zwecks Sicherung einwandfreier Objektivität der Wunsch gerechtfertigt, daß der Leiter der reichshauptstädtischen schulärztlichen Angelegenheiten und Verfasser der betreffenden Berichte an keinem einschlägigen Geschäftsunternehmen irgendwie beteiligt ist.

Man darf erwarten, daß die Berliner liberale Presse, die so tapfer auf den Minister v. Podbielski wegen seiner Beziehungen zu Tippelskirch losgeschlagen hat, auch Herrn Hartmann gründlich die Meinung sagt.

Die Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsvorstände sind nun auch von anarchistischer Seite in einer Broschüre verarbeitet worden. Daraus erfährt man, daß in diesen Konferenzen von einer sozialdemokratischen Gewerkschaft behauptet worden ist, eine andere habe sich zur Besorgung von Streikbrechern erbötig gemacht. Der Vertreter der so angegriffenen Gewerkschaft gleitet über diesen Vorwurf mit wenigen nichtssagenden Worten hinfort; in dem Protokoll heißt es:

Bauer (Brauereiverband): In Worms habe sich ein Vertreter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter zur Herbeischaffung von Streikbrechern bereit erklärt; ein gleicher Fall habe sich in Mainz ereignet. Auch in Nürnberg hat sich derselbe Verband zur Besorgung von Streikbrechern erbötig gemacht. (Widerspruch der Transportarbeiter.) Schumann (Handels- und Transportarbeiter): In Mainz und Worms liegen die Dinge nicht so, wie sie Bauer angeführt habe. Reinhard (Holzarbeiter): faßt das Ergebnis dieser Konferenz wie folgt zusammen: „Derartige Dinge stinken zum Himmel. Wenn das alles wahr ist, was über die Brauer gesagt worden ist, dann müßte dagegen entschieden Protest eingelegt werden. Da müßte man sich als organisierter Arbeiter ja schämen. Es sei ein wahres Glück für die allgemeine Arbeiterbewegung, daß das Brauerblatt wie ein Veilchen im Verborgenen blühe, denn sonst hätten die Auslassungen desselben in der schlimmsten Weise gegen die Arbeiterbewegung von den Gegnern ausgenutzt werden können."

Es ist in jedem Falle wunderbar, daß derartige Vorkommnisse immer erst durch Vertrauensbruch ans Licht gezogen werden müssen. Hätten Partei und Gewerkschaft ein reines Gewissen, so brauchten sie die öffentliche Behandlung dieser Dinge nicht zu scheuen.

Zu den Angriffen sozialdemokratischer Blätter gegen den neuen Leiter der Kolonialabteilung, Dernburg, schreibt Georg Bernhard in der von dem auch sozialdemokratischen Ehepaar Braun herausgegebenen ‚Neuen Gesellschaft' u. a.:

„Ja, wen sollte man denn eigentlich ins Amt rufen? Wenn man einen sozialdemokratischen Parteiführer dahin berufen hätte, so würde er wahrscheinlich sehr höflich gedankt haben, aber im anderen Falle hätten die Genossen für ihn gedankt. Man konnte deshalb, wenn man einen Kaufmann wollte, den Genossen Singer nicht gut berufen. Sollte man nun vielleicht, da — sicher zum großen Leidwesen der Regierung — nichts übrig blieb, als einen Kaufmann aus dem Bourgeoislager zu wählen, einen Bankkommis aus dem Kontokorrentbureau der Deutschen Bank nehmen? Der hätte allerdings keine Beziehungen zur Haute finance gehabt, aber dementsprechend auch keine kaufmännischen Fähigkeiten und Kenntnisse. Die erwirbt man sich nur in der Praxis, und die Praxis des modernen Bankdirektors u. Geschäftsinhabers ist nun einmal mit Aufsichtsratsposten und ähnlichen einträglichen Dingen verquickt. Von den Personen, die für den Posten überhaupt in Betracht kommen konnten, ist gerade Dernburg noch insofern der einwandfreieste, als seine Bank mit keiner der kolonialen Gruppen verknüpft ist. Aber das macht nichts. Herr Dernburg ist Aufsichtsrat, ergo ist er korrupt. Daß ein Teil der Verwaltungen, aus denen er schied, wahrscheinlich aber ganz besonders Herr Kommerzienrat Löwe, drei Kreuze hinter dem unbequemen Machthaber hermachen werden, daß Dernburg niemals bisher als Protektionsmeier galt, stets gegen die Machthaber seinen Weg genommen, niemals zu einer Koterie gehört hat, das zu wissen, dazu gehört allerdings eine Kenntnis der Persönlichkeiten und Dinge, deren diejenigen entraten können, die das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie leiten. Diese Leute schlagen das Adreßbuch der Aufsichtsräte Deutschlands auf und bezweifeln dann von vornherein die Anständigkeit jedes Menschen, den sie darin finden. Es versteht sich von selbst, daß Herr Dernburg nicht aus seiner Haut herauskann, er bringt eben ins Amt die Anschauungen der Klasse, der er entstammt, mit. Etwas anderes kann niemand gerade in unseren Reihen erwarten. Was wir als selbstverständlich fordern mußten, hat Herr Dernburg getan: er hat seine Aufsichtsratsposten niedergelegt und hat, wie er erklären ließ, um ganz frei zu sein, sogar seinen Aktienbesitz verkauft. Damit ist das geschehen, woran der ‚Vorwärts' natürlich zweifelte. Haben wir nun ein Recht, diesen Mann von vornherein als der Korruption, das heißt der persönlichen Unanständigkeit, verdächtig hinzustellen? In seiner bisherigen Amtsführung hat man seine persönliche Anständigkeit niemals bezweifelt. Es ist auch eine Legende, daß er den Mirbach-Handel bei der Pommernbank vertuscht hat. Ohne etwa dem Irrglauben zu verfallen, daß nun eine neue Aera unserer Politik anbrechen wird, können wir ruhig abwarten, wie sich der neue Kolonialdirektor im Amt verhalten wird. Schließlich dürfte doch die Weiterbildung der ökonomisch-historischen Methode noch nicht zu dem Grundsatz geführt haben, daß jemand schon deshalb, weil er ein Bourgeois ist, nicht mehr als anständig gelten kann. Im Erfurter Programm steht davon nichts. Es ist das allerdings noch zu einer Zeit verfaßt worden, als die jetzigen Gralshüter teilweise gerade erst die ‚Eierschalen der bürgerlichen Gesellschaft' von sich abgestreift hatten."

Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen berechnet Dr. F. Mann in der ‚Neuen Gesellschaft' auf 3,7 Millionen. Vorausgesetzt wird dabei die gleiche Wahlbeteiligung wie 1903. Danach sind die Herren schon bescheidener geworden. Von 1898 zu 1903 wuchs die Sozialdemokratie von 2 107 000 auf 3 011 000, d. i. um etwa 50 v. H. Würde das prozentuale Wachstum anhalten, so müßte die Partei 1908 um 1 500 000 und nicht nur um 700 000 wachsen. Indessen wollen wir abwarten!

Vom Evangelischen Bund. Neulich bezog der Bund den Dank vom Hause Paul Hoensbroech, jetzt fällt die hochliberale ‚Augsburger Abendzeitung' über ihn her. Freilich hat er es auch danach getrieben. Die Wahl eines deutschen Jesuitengenerals gab der Korrespondenz des Bundes Gelegenheit zu einer ketzerischen Dummheit erster Güte. Sie druckte folgenden ihr aus Rom telegraphisch (!) übermittelten Gallimathias ab:

Es werden von seiten der deutschen Diplomatie die höchsten Anstrengungen gemacht, daß die 75 Abgesandten der Gesellschaft Jesu einen Deutschen zu ihrem General erwählen. Der Zweck ist, die Reste des Jesuitengesetzes abzutragen und die schärfste Trumpfkarte gegen die kirchenfeindliche Republik Frankreich auszuspielen. Die franzosenfreundlichen Kreise des Vatikans fürchten infolgedessen einen Massenübertritt französischer Parteien zum Protestantismus.

Diese Leistung war der ‚Augsburger Abendztg.' zu dumm, und ärgerlich schreibt sie:

Das ist wieder eine jener politischen Ungeschicklichkeiten, von denen neulich Graf Hoensbroech sprach. Wenn nun die Zentrumspresse behauptet, der Evangelische Bund suche Frankreich gegen die deutsche Regierung scharf zu machen, indem er die deutsche Diplomatie eines Aktes der Unfreundlichkeit gegen die französische Republik beschuldigt, so wird sich dagegen nicht viel einwenden lassen. Es ist schon gut, wachsam zu sein, aber überall Gespenster zu wittern, schadet öfter, als es nützt. Außerdem ist diese Leistung des römischen Korrespondenten der Bundeskorrespondenz der blanke Unsinn!

Allerdings! Aber die Stupidität, die nicht geglaubt wird, wenn so was wie ein Jesuit dabei eine Rolle spielt, muß noch erfunden werden. Man denke nur an das Zeug, das bei der Tragödie der Kronprinzessin von Sachsen nicht nur gedruckt werden konnte, sondern auch massenhaft geglaubt wurde!

* **Polnische Messe.** In einer Reihe von liberalen Blättern findet sich die zuerst in der ‚Dortmunder Ztg.' erschienene Nachricht verzeichnet, daß auf eine Beschwerde der deutschen Katholiken in Recklinghausen gegen die Ab-

Wissen, Welt und Leben.

Berliner Diplomatenempfänge.

Ein Blick hinter die Kulissen des diplomatischen Dienstes.

In allen völkerrechtlich anerkannten Kulturstaaten sind an einem oder an mehreren Tagen der Woche regelmäßige Empfänge der fremden beglaubigten Diplomaten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingerichtet. Es wird hierbei mit peinlichster Genauigkeit darauf geachtet, daß die Vorrechte der einzelnen Diplomaten nicht geschmälert werden, und die Diplomaten selbst wachen darüber oft mit einer Aengstlichkeit, die von gegenseitiger Eifersucht nicht immer frei ist. Nicht nur die Reihenfolge, in welcher die erschienenen Missionschefs zum Minister oder seinem Stellvertreter zugelassen werden, — auch gewisse Aeußerlichkeiten sozusagen technischer Natur kommen hier in Betracht und spielen eine erhebliche Rolle. So ist es an verschiedenen Höfen, u. a. in Wien, Sitte, daß den Botschaftern, die bekanntlich nicht nur ihren Staat, sondern auch dessen Oberhaupt persönlich repräsentieren, beide Flügel der Tür geöffnet werden, die zum Ministersalon führt. Dann kommt es manchmal zu Szenen, auf die das Wort paßt, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist. Da gibt es z. B. in Wien am Abende vor Neujahr die sogenannte Gratulationscour beim Minister, zu der die Botschafter mit dem ganzen Botschaftspersonal erscheinen. Dem Botschafter werden beide Türflügel weit geöffnet; aber unmittelbar, nachdem er die Schwelle überschritten hat, schließt ein Diener mit raschem, gewandtem Griffe die Hälfte der Tür zu. Es wäre ja ein furchtbares Unglück, wenn etwa auch der dem Botschafter auf dem Fuße folgende Botschaftsrat zufällig durch die ganz offene Tür hindurchhuschte.

In Berlin kennt man solche Finessen nicht. Der praktische deutsche Sinn tritt auch bei den Diplomatenempfängen des Auswärtigen Amtes in der Wilhelmstraße in mehrfacher Hinsicht zutage. Diese Empfänge werden nicht von dem Reichskanzler abgehalten, obwohl er der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik des Reiches und zugleich preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist, sondern vom Staatssekretär, zurzeit also von Herrn von Tschirschky und Bögendorff. Und vernünftigerweise ist der Empfang der Botschafter in Berlin von dem der Götter niederen Ranges, falls man die Gesandten und sonstigen Chefs der diplomatischen Vertretungen so nennen darf, zeitlich getrennt. Die ersteren werden an jedem Dienstag, die letzteren an jedem Freitag von 5 bis 7 Uhr abends durch den Staatssekretär empfangen. Durch diese höchst zweckmäßige Teilung fällt das bei den auswärtigen Ministerien anderer Großmächte, wo nur ein einziger Empfangstag besteht, sehr lästige Prioritätsrecht fort, die Pflicht nämlich der Gesandten, den Botschaftern den Vortritt zu lassen (»céder le pas«), das zur Folge haben kann, daß ein schon länger als eine Stunde wartender Gesandter in dem Augenblicke, da die Reihe an ihn gelangt, sich abermals zum Warten gezwungen sieht, weil plötzlich ein Botschafter auf der Bildfläche erscheint, der es nicht für notwendig gehalten hat, pünktlich zu kommen.

Ebenso vernünftig und gerecht ist die in Berlin geübte Bestimmung, daß keine Rücksicht auf den Rang oder das Dienstalter genommen wird. Es gilt vielmehr der Satz des römischen Rechtes: »Prior tempore, potior jure« — auf gut Deutsch gesagt: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!" So wird unter Umständen der jüngste Geschäftsträger ad interim früher vorgelassen als der älteste Gesandte.

Was nun die Art betrifft, wie der Empfang selbst vor sich geht, so läßt sich ein bemerkenswerter Unterschied zwischen jetzt und früher, zwischen Herrn v. Tschirschky und seinem Vorgänger, dem Freiherrn v. Richthofen feststellen. Bei Herrn v. Richthofen hatte der Empfang leicht den Charakter einer »Causerie«, eines liebenswürdigen Plauderstündchens. — Herr v. Tschirschky beschränkt ihn auf das rein Dienstliche. Und die meisten Diplomaten sind ihm dafür dankbar, da ihnen das zeitraubende Antichambrieren dadurch bis auf das Mindestmaß der Notwendigkeit verkürzt wird. Freilich für jene Herren, die es liebten und gewohnt waren, nicht nur über Dienstangelegenheiten, sondern über alles mögliche Uebrige, Wesentliche und Unwesentliche Konversation zu treiben, — für die »Causeurs«, an denen es in der Diplomatie nie fehlt, sind schlechte Zeiten eingetreten. Der Unterschied zwischen einst und jetzt zeigt sich schon in der äußeren Einrichtung und der Einteilung des Zimmers, in welchem die Empfänge abgehalten werden. Bei Herrn v. Richthofen gab es da eine artige kleine Möbelgarnitur mit einem Sofa, zwei Lehnsesseln und einem Tisch in der Mitte, und diese Dekoration regte, verbunden mit dem lebhaften Wesen des Staatssekretärs, ganz von selbst zu einer »Causerie« an. Das ist anders geworden. Das Sofa und die Lehnsessel sind verschwunden. Herr v. Tschirschky kommt dem Eintretenden, wie sein Vorgänger, mit Verbindlichkeit um einige Schritte entgegen, aber dann befindet der fremde Diplomat sich vor einem mächtigen Schreibtische mit zwei Fronten; an der einen nimmt der Staatssekretär Platz, den Stuhl an der anderen weist er dem Besucher an. So erhält der Empfang von vornherein den Charakter des lediglich Geschäftlichen, und es entspinnt sich von hüben und drüben ein sachlicher, knapper und ernster Austausch der Rede und Gedanken, der ein selbstverständliches Ende nimmt, sowie der vorliegende Stoff erschöpft ist. Der Diplomat erhebt sich, der Staatssekretär geleitet ihn zurück, und zur Freude der draußen Harrenden kommt die Reihe an den Nächsten.

So läßt sich behaupten — die fremden Diplomaten in Berlin versichern es —, daß die Diplomatenempfänge nirgends so glatt und einfach, so rationell und zweckdienlich verlaufen, wie auf dem Auswärtigen Amte des Deutschen Reiches. Auch das Aufrufen der einzelnen Diplomaten, wenn sie von der Reihe getroffen sind, geschieht in ruhiger, unauffälliger und außerordentlich taktvoller Weise, — was nicht überall anderswo der Fall ist.

Und während im Zimmer des Staatssekretärs der augenblicklich gerade vorgelassene Diplomat die Anliegen seiner Regierung auseinandersetzt, plaudern im Vorsalon seine später gekommenen Kollegen eifrig mit einander über die politischen Fragen des Tages, — und manchmal nicht minder eifrig über Dinge, die mit der Politik nicht das geringste zu tun haben.

v. W.

Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Bonn. Für die in Aussicht genommene neue „Sektion für alte Geschichte" sind bereits einige fachwissenschaftliche Vorträge angemeldet. Die Themata lauten: Herodot und die deutschen Ausgrabungen in Babylon (eventuell mit Lichtbildern); Ein politisches Pamphlet aus Athen 404 v. Chr.; Die ethnologische Stellung der prähistorischen Aegypter; Der alte Orient und die Geschichtsforschung. Zu erwarten ist ferner ein Referat über ein in Vorbereitung befindliches Handbuch der altorientalischen Altertumskunde, sowie Diskussion über organisatorische Fragen, der positive praktische Vorschläge zugrunde gelegt werden sollen. Somit ist reichlicher Stoff für mehrere Sitzungen vorbereitet und dürften die Interessenten auf ihre Rechnung kommen. Möge die Teilnahme dementsprechend aus den Kreisen der Philologen, Archäologen, Orientalisten und nicht zuletzt auch der Theologen eine lebhafte sein!

∞ **Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Volkskunst** behandelte auf der Dresdener Tagung Dr. [illegible] Fuchs aus Freiburg i. Br. Der Gelehrte hob zunächst hervor, daß mit der Gründung und dem Ausbau des Deutschen Reiches auf die deutsche Kultur und das deutsche Wirtschaftsleben ein fruchtbarer Frühlingsregen gefallen sei und zeigte weiter, daß damit auch eine wachsende Schätzung des Heimatlichen in Literatur, Musik und bildender Kunst eingetreten ist. Der Begriff Heimatkunst sei kein Schlagwort mehr, sondern eine mächtige, lebensfähige Bewegung, und die Gesunderhaltung unserer Kultur auf bodenständiger Grundlage sei das erstrebte Ziel. Seit Jahren schon beschränke man sich nicht mehr nur auf die Sammlung der Reste der Volkskunst, sondern man sei auf die Wiederbelebung und Pflege des Lebensfähigen bedacht. Man finde eine starke Beeinflussung der modernen gewerblichen Entwicklung, bei der die große wirtschaftliche Bedeutung der Volkskunst zum Ausdruck komme. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Volkskunst sei die Voraussetzung für alle anderen Motive zur Förderung dieser Kunst. Sodann zeigte der Redner, wie in früheren Zeiten die volkswirtschaftliche Bedeutung der Volkskunst viel größer war als in unserer modernen Zeit. Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung habe eine fortgesetzte Einengung der Volkskunst mit sich bringen müssen; trotzdem sei es aber falsch, zu behaupten, daß dieser Kunst in der modernen Volkswirtschaft nur noch ein historischer Wert zukomme. Im Gegenteil. Sie habe auch heute noch eine sehr große Bedeutung im Hinblick auf die Ausbildung der Handfertigkeit, die Gewöhnung und Schulung des Auges und der Hand, die Gewöhnung an geformte qualifizierte Arbeit und Ausfüllung der arbeitsfreien Stunden vor allen Dingen in ländlichen Gegenden in den langen Wintermonaten. Die vom ländlichen Handwerker oder die vom Gebraucher selbst gefertigten Dinge dienten jedenfalls der Bedarfsdeckung weit besser als die Industrieerzeugnisse. Die Volkskunst bilde auch ein Mittel zur Steuerung der Landflucht und mache es dem vom Lande in die Stadt gezwungenen Menschen leichter, ein Fortkommen als qualifizierter Arbeiter zu finden. Die Volkskunst fördere die Heraushebung der Arbeiter über das Niveau des gewöhnlichen industriellen Arbeiters. Die qualifizierte Arbeit aber fördere in erster Linie die volkswirtschaftliche Bedeutung, den Nationalreichtum eines Volkes, wie dies besonders Friedr. Naumann wiederholt mit besonderem Nachdruck betont habe. Dazu komme noch die spezielle Bedeutung, welche der Volkskunst innewohnt für das moderne Kunstgewerbe, denn größte Zweckmäßigkeit und Güte des Materials seien immer die Hauptgrundsätze der Volkskunst gewesen. Nach alledem sei es also notwendig, die Reste der Volkskunst zu sammeln, zu erhalten und zu fördern, was letzteres allerdings eine schwierige Aufgabe sei, denn die Volkskunst vertrage als Kunst einer ganzen Volksgruppe nicht den beherrschenden und zwingenden Einfluß einer starken künstlerischen Individualität (warnende Beispiele sind die Pseudoförderung der Keramik im Kannenbäckerlande und in Bürgel bei Jena — letztere bekanntlich durch van de Velde). Ferner müsse die Volkskunst vor der kapitalistischen Ausbeutung geschützt werden, denn sonst werde sie zu einer traurigen Hausindustrie. Volkskunst müsse mehr den Charakter einer Nebenbeschäftigung tragen. So werde man sie in erster Linie finden in geschlossenen Hauswesen auf dem Lande. Einen Schutz für die Volkskunst biete auch ihre Organisation auf genossenschaftlicher Basis nach dem Beispiel der Kübler-Genossenschaft im badischen Schwarzwald. Nur so könne die Volkskunst, welche ein Jungbrunnen für das technische Können eines Volkes und für seine nationale Kultur ist, sowie eine Befriedigung des Bedürfnisses, alle Gegenstände ebenso zweckmäßig wie schön herzustellen, bringt, in guter Weise fortentwickelt werden getreu dem Sage: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.

Eine bemerkenswerte Feststellung. In seiner Nr. 427 vom 23. August bringt ‚Der Tag' eine Korrespondenz aus Brüssel unter der Marke „Fort mit den ‚Ehebruchskomödien'", in welcher von dem Kampfe des dramatischen Autors Edmond Picard, eines [illegible] Schöngeistes und unverdrossenen Philanthropen, gegen die widerlichen Ehebruchsdramen berichtet wird. Er soll sogar einen Preis von 25 000 Francs für ehebruchsreine dramatische Erzeugnisse belgischer Muse ausgesetzt haben. Doch das nur nebenbei; der Erwähnung wert ist vor allem folgende Stelle:

Ohne Erfolg ist Picards Aufruf an die belgischen Bühnendichter nicht geblieben. Eine Reihe anonymer Schmähungen bucht der liebenswürdige Optimist freudig als Symptom dafür, daß seine Idee die Gewissen aufgerüttelt habe. Wird man erst bekämpft und beschimpft, so hat man schon halb gewonnenes Spiel. „Der Ehebruch," so erklärt der eine, „ist für die Schauspieler das, was für die Staatsmänner die klerikale Gefahr. Mit ihm können sie sich immer aus der Affäre ziehen. Wo sollen wir Schriftsteller ein gleichwertiges Element finden, trotz seines Alters doch ewig neu und unerschöpflich? Wohl findet jedes Jahr der Chor der Kritiker die Geburt des neuen Dramas, die Befreiung vom ewigen Gatten, der seine Frau, von der Gattin, die ihren Mann betrügt. Das Neue ist stets das Alte. Man betrügt einander vielleicht in Versen statt in Prosa. Im Straßenanzug statt im Kriegsgewand. Auf dem Lande statt am Hofe. In drei statt in fünf Akten. Allein — man betrügt einander stets! Seit ich geboren bin, hab ich nur zwei Arten Komödie spielen sehen ..., in der Politik, wo es gilt, die Hühnchen zu rupfen, ohne daß sie schreien; und auf dem Theater, wo man nach neuen Lösungen des Problems der ehelichen Untreue sucht. Das ist der einzige Rahmen, auf dem man stickt, und man hat schon, um das Problem zu lösen, 17 800 Arten gefunden und noch nicht die einzig richtige."

Die im Druck hervorgehobene Stelle wollen wir uns gut merken; sie ist bezeichnend und erklärt uns manches, nicht nur bei unseren westlichen Nachbarn, sondern auch in Deutschland.

□ **Die Hinterlassenschaft eines Königs.** Erst jetzt ist, wie aus Kopenhagen berichtet wird, der Nachlaß des verstorbenen Königs Christian IX. soweit geordnet worden, daß er den Bestimmungen seines Testaments gemäß zur Verteilung gelangen kann. Das Barvermögen, um das es sich handelt, ist nicht besonders groß. Es beträgt nur zwei und eine halbe Million dänische Kronen, — eine Krone ist bekanntlich soviel wie eine Mark und zehn Pfennige. Daß König Christian IX. während seines langen Lebens nicht mehr Schätze gesammelt hat, kann aus Gründen verschiedener Art nicht überraschen. Einmal besaß er vor seiner [illegible] Haus und kein persönliches Vermögen. So lange er noch Prinz war, mußte er sich daher auch mit einer sehr bescheidenen Lebensweise begnügen, um so mehr, als die Zahl seiner Kinder zunahm. Und die Zinsen, die er dann nach seiner Thronbesteigung bezog,

haltung einer polnischen Messe der Bischof von Münster den Bescheid gegeben habe, daß die Anordnung der Abhaltung einer polnischen Messe beibehalten werden solle, nur werde die Zeit verlegt. Diese Nachricht wurde dann in der bekannten Manier der Blätter vom Evangelischen Bunde „geschmackvoll garniert" den Lesern vorgesetzt. Man tut derartigen Preßerzeugnissen zu viel Ehre an, sich weiter mit ihnen zu befassen. Daß die Meldung unrichtig ist, wird für jeden Katholiken schon darum klar, daß es eine „polnische Messe" nicht gibt. Zum Ueberfluß sei noch konstatiert, daß von einer Beschwerde keine Rede sein kann und seitens geeignete Maßnahmen für die polnischen geradeso wie für die italienischen Katholiken seit langem getroffen sind.

Zum Tode des Prinzen Albrecht von Preußen.

Kamenz, 13. September. Prinz Albrecht von Preußen ist sanft und ruhig entschlafen. Am Sterbelager waren versammelt: die Prinzessinnen, die Aerzte Geheimrat Kraus, Generalarzt Scheibe, Stabsarzt Dresdorf, ferner die nächste Umgebung des Prinzen und Prinzessinnen.

Braunschweig, 13. Sept. Nach Eintreffen der Nachricht von dem Hinscheiden des Prinzregenten wurde von allen Kirchen Trauer geläutet. Die Stadt legt Trauerschmuck an.

Braunschweig, 13. Sept. (Telegramm.) Das Herzogliche Staatsministerium gibt in einem Extrablatt des amtlichen braunschweigischen Anzeigers das Ableben des Prinzen Albrecht von Preußen bekannt. — In einem 2. Extrablatt wird auf Grund des Regentschaftsgesetzes von 1879 die Konstituierung des Regentschaftsrates bekannt gegeben. Der Regentschaftsrat wird die provisorische Regierung des Landes nach seinem Gesetz führen. Er besteht aus den stimmführenden Mitgliedern des Staatsministeriums, nämlich Staatsminister D. von Otto, Wirkl. Geheimrat Hartwig, Wirkl. Geheimrat Trieps sowie dem Präsidenten des letzten Landtages Geh. Justizrat Semler und dem Präsidenten des herzoglichen Oberlandesgerichts Dr. Wolf. Die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig wird unverzüglich einberufen werden.

Braunschweig, 13. Sept. (Telegramm.) Anläßlich des Ablebens des Prinzregenten Albrecht von Preußen ordnete der Regentschaftsrat eine Landestrauer für die Dauer von 6 Wochen an. Oeffentliche Musik, Schaustellungen, Lustbarkeiten u. sind bis zum Tage der Beisetzung verboten. Die Trauer beginnt mit dem heutigen Tage. Gleichzeitig legt der herzogliche Hof auf die Dauer von 6 Wochen tiefe Trauer an.

28. Deutscher Juristentag in Kiel.

(Nachdruck verboten.)

— **Kiel**, 12. Sept.

III.

Unter dem Vorsitz des Oberreichsanwalts Dr. Olshausen-Leipzig trat heute in der Universität die zweite und letzte Plenarversammlung des Deutschen Juristentages zusammen. Die Beteiligung war wiederum eine äußerst starke.

Namens der ständigen Deputation des Deutschen Juristentages referierte Geheimrat u. Dr. Kahl-Berlin über einige Satzungsänderungen, welche vor allem die Aufnahme des Verwaltungsrechts unter die Arbeiten des Deutschen Juristentages bezweckten. Der § 1 soll danach folgende Fassung erhalten: „Der Zweck des Deutschen Juristentages ist: eine Vereinigung für den lebendigen Meinungsaustausch und den persönlichen Verkehr unter den deutschen Juristen zu bilden; auf den Gebieten des gesamten bürgerlichen Rechts, des Prozesses, des Strafrechts und des inneren Verwaltungsrechts den Forderungen nach einheitlicher Entwickelung immer größere Anerkennung zu verschaffen, die Hindernisse, welche dieser Entwickelung entgegenstehen, zu bezeichnen und sich über Vorschläge zu verständigen, welche geeignet sind, die Rechtseinheit zu fördern."

Es folgten nunmehr die Berichte über die Ergebnisse der zweitägigen Abteilungssitzungen. Rechtsanwalt am Reichsgericht Dr. Wildhagen-Leipzig berichtete über die Verhandlungen der Abteilung für Privatrecht, die an erster Stelle einstimmig beschlossen habe, daß eine einheitliche Regelung der Haftung des Staates und anderer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten bei Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden notwendig erscheine. Die Regelung könne nur durch Reichsgesetz geschehen, weil Preußen als führender Staat völlig versagt habe. Der Beschluß des Juristentages in dieser Frage sei, wenn nicht der wichtigste, so doch einer der wichtigsten, und er begrüße es deshalb vor allem, daß er einstimmig zustande gekommen sei. (Lebhafter Beifall.)

An zweiter Stelle berichtete Justizrat Dr. Stranz-Berlin über die Verhandlungen in Sachen des § 313 B. G.-B., wonach ein Vertrag, durch den sich der eine Teil verpflichtet, das Eigentum an einem Grundstück zu übertragen, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung bedarf. Kaum sei das Bürgerliche Gesetzbuch unter Dach und Fach gebracht worden, da habe eine überaus heftige Agitation insbesondere aus Hausbesitzerkreisen gegen diesen Paragraphen eingesetzt, der vor allem den Schutz der bäuerlichen Bevölkerung gegen die wucherische Ausbeutung durch eine gewissenlose Bodenspekulation im Auge habe. Vor allem verhindere der Paragraph, indem er bei solchen Abschlüssen die Mitwirkung einer Amtsperson vorschreibe, die berüchtigten Grundstücksgeschäfte im Wirtshause, bei denen dem Bauern leichter als sonst die Hand mit der Feder übers Papier gehe. Es sei im Laufe der Debatten anerkannt worden, daß die Opposition gegen diesen Paragraphen mehr und mehr zurückgegangen sei und er sich immer mehr im öffentlichen Leben eingebürgert habe. Und wenn auch die Annahme seiner, des Redners, Leitsätze, in denen der Juristentag sich für die Beibehaltung der Bestimmungen des § 313 B. G.-B. aussprach, nicht einstimmig erfolgt sei, so könne er doch sagen, daß die große Mehrheit dafür gestimmt habe. (Beifall.)

Weiterhin gab Geheimrat Dr. Riesser-Berlin den Bericht über die Verhandlungen in Sachen der Ausdehnung der Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder. Die Abteilung habe wohl den Umstand gewürdigt, daß die Aktiengesellschaften die mächtigsten Waffen im wirtschaftlichen Kampfe seien, daß aber auch mit Erscheinungen zu rechnen sei, die man nicht gerade als erfreulich bezeichnen könne. So habe sich z. B. das Institut der Aufsichtsräte nicht bewährt, während es abzuschaffen doch nicht angängig sei. Man müsse also andere Wege gehen und da vor allem die Ueberwachungspflichten wie die Ueberwachungsrechte der Aufsichtsratsmitglieder im Gesellschaftsvertrage genauer festlegen. Die Abteilung habe sich in ihrem Beschlusse dahingehend ausgesprochen, ebenso dafür, daß für Gesellschaften mit einem Aktienkapital bis 1 Million Mark die obligatorische Prüfung durch Revisoren sehr zweckmäßig erscheine.

Hierauf berichtete Professor Dr. Bernhard-Posen über die Abteilungsbeschlüsse in Sachen des Akkordvertrages. Wir haben über diesen wichtigen Punkt der Beratungen des Juristentages besonders eingehend berichtet, ebenso über die Vertragsfreiheit bei Versicherungsverträgen hinsichtlich der Verwirkungsklausel, worüber heute Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin referierte. Oberlandesgerichtsrat Dr. Heppel-Kiel teilte dann mit, daß es in der gestrigen Schlußverhandlung über die Frage, ob es sich empfehle, das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Ansehung des Ausverkaufswesens zu ergänzen, nicht zu einem Beschluß gekommen sei. Die Frage sei vielmehr auf die Tagesordnung des nächsten Juristentages gesetzt worden.

Ebenso ist man nicht dazu gekommen, die Frage der richterlichen Strafzumessung, verbunden mit der strafrechtlichen Behandlung des Versuchs zu erörtern. Dagegen ist die strafrechtliche Behandlung von Rückfall, gewohnheitsmäßigem und gewerbsmäßigem Verbrechertum sehr eingehend besprochen und der dazu von Geh. Rat Dr. Kahl vorgelegte Antrag in folgender Form angenommen worden: I. Die im R.-Str.-G.-B. vorgesehene Behandlung von Rückfall, gewohnheitsmäßigem und gewerbsmäßigem Verbrechertum ist ungenügend. Um sie wirksamer zu gestalten, werden folgende Aenderungen des geltenden Rechts erforderlich und ausreichend sein: 1) Der Rückfall des Gelegenheitsverbrechers in ein Gelegenheitsverbrechen bildet, wie schon jetzt bei festgelegten Verbrechen, nur einen erhöhenden Strafzumessungsgrund innerhalb des ordentlichen Strafrahmens. 2) Außer diesem Falle bildet der gleichartige oder ungleichartige Rückfall seiner Zeit die gewohnheits- oder gewerbsmäßige Begehung einer strafbaren Handlung einen allgemeinen Strafschärfungsgrund. Beim Vorhandensein mildernder Umstände kann der Richter die Strafe innerhalb des ordentlichen Strafrahmens wählen. 3) Gegen gemeingefährliche und rückfällige Gewohnheitsverbrecher kann neben der Strafe auf Sicherungshaft von unbestimmter Dauer erkannt werden. Diese Maßregel ist in besonderen Anstalten zu vollstrecken. Sie soll eine Behandlung derjenigen Symptome in der Person des Verbrechers (Arbeitsscheu, Alkoholismus) bezwecken, durch welche die gewohnheitsmäßige Begehung der Straftaten überwiegend zu erklären ist. Ueber die jederzeit widerrufliche Entlassung entscheiden gemischte, aus Organen der Anstaltsleitung, Beamten der Staatsanwaltschaft und Ehrenämtern gebildete Kommissionen. II. Für die unter I vorgesehene gesetzliche Regelung empfiehlt sich die Annahme folgender Grundsätze: 1) Eine Legaldefinition des Begriffs der gewohnheits- und gewerbsmäßigen Begehung strafbarer Handlungen ist, ebenso wie eine solche des rückfälligen Gelegenheitsverbrechers, zu unterlassen. 2) Ein Begriff des unverbesserlichen rückfälligen oder Gewohnheitsverbrechers ist in das Gesetz nicht aufzunehmen. 3) Die Bestrafung des Alters darf keine Voraussetzung für die Annahme der gewohnheits- oder gewerbsmäßigen Begehung strafbarer Handlungen bilden. III. Von der allgemeinen Regelung auszuschließen und einer sonderrechtlichen Ordnung zu unterstellen sind: 1) Die strafrechtliche Behandlung der geistig minderwertigen Gewohnheitsverbrecher; 2) die strafrechtliche Behandlung der gewerbsmäßigen Prostitution; 3) die strafrechtliche Behandlung des gewerbsmäßigen Bettler- und Landstreichertums. IV. Durch die allgemeine Regelung soll ebenfalls die Beibehaltung derjenigen Bestimmungen im besonderen Teil nicht ausgeschlossen sein, nach welchen die Gewerbsmäßigkeit der Begehung entweder begrifflich und natürlich ein die Strafbarkeit begründendes Merkmal darstellt, oder nach welchen durch die besondere Natur eines Delikts die Unterstellung unter die allgemeine Strafschärfung nicht angezeigt erscheint.

Darauf wurden die Verhandlungen vom Oberreichsanwalt Dr. Olshausen-Leipzig geschlossen.

---

ist verhältnismäßig gering. Sie beträgt gegenwärtig in deutschem Gelde ausgedrückt 1 190 000 Mark. Von den zweieinhalb Millionen, die seine Hinterlassenschaft bilden, erhält nach seinem letzten Willen des Königs jüngster Sohn, Prinz Waldemar, den größten Teil, nämlich eine Million. Diese Bevorzugung erklärt sich damit, daß die übrigen Kinder des Königs Christian — der jetzige König Friedrich VIII., der König von Griechenland, die Königin Alexandra von England, die Kaiserin-Witwe von Rußland und die Herzogin von Cumberland — begreiflicherweise auf das väterliche Erbe nicht angewiesen sind. Ihnen fallen, zu gleichen Teilen, die weiteren [illegible] Millionen zu. Man nimmt indessen in Dänemark an, daß sie sämtlich darauf Verzicht leisten und die Summe durch gemeinschaftlichen Entschluß wohltätigen Stiftungen und Anstalten ihres Stammlandes zuwenden werden.

Hochschul-Nachrichten.

○ Ueber die Studierenden der evangelischen Theologie bemerkt das Wochenblatt „Licht und Leben" folgendes: Die Zahl ist im verflossenen Jahre 1905 nur um 80 gestiegen. Sie [illegible] von 3006 im Jahre 1895 auf 2117 im Jahre 1905. In einigen Provinzen macht sich bereits ein Kandidatenmangel bemerkbar, fast überall ist der jährliche Zuwachs geringer, als der jährliche Bedarf. Vor 10 Jahren erlangten in der preußischen Landeskirche 457 die Wahlfähigkeit, im Jahre 1904 nur 190. Und wie viele von diesen werden es vorziehen, zum Lehrfach überzugehen, weil ihnen zum Predigtamte der Glaube fehlt. Die Gründe für den Rückgang des theologischen Studiums sind wohl weniger in den Besoldungsverhältnissen des geistlichen Standes zu suchen, die sich seit 1898 bedeutend gebessert haben, als in der innerlich zerrütteten Lage der evangelischen Kirche. Tote Orthodoxie und die Negation in Schulen und Universitäten sind gefährliche Totengräber.

5. Internationaler Kongreß für Versicherungs-Wissenschaft.

Berlin, 12. September.

Der Kongreß für Versicherungswissenschaft beschäftigte sich heute zunächst mit der Frage der Sterblichkeitstafeln für Rentenversicherungen. Die Referenten für Deutschland waren der Direktor der preußischen Rentenversicherungsanstalt, Paul Hartung-Berlin, und der Direktor der „Janus" Schmerler. Letzterer wies auf die Zunahme der Rentenversicherungen in Deutschland hin, die aber hinter der anderer Länder zurückstehe. Man hat sich bei uns weniger dafür interessiert, weil sich die Rentenversicherung wegen mangelhafter Rechnungsgrundlagen nicht nur nicht rentierte, sondern auch wesentliche Verluste brachte. Die Rentenversicherten leben viel länger, als man früher angenommen hatte. Bisher legte man vorwiegend die Englischen Sterblichkeitstafeln zugrunde, die jedoch wohl allenfalls bezüglich der Sterblichkeit der Männer sich als zutreffend erweisen, aber bei der Sterblichkeit der Frauen versagen.

Sodann widmete sich der Kongreß der Frage der Grenzen der Versicherungsmöglichkeit. Erster Referent ist Prof. Dr. Emminghaus-Gotha. Der Redner definiert „Versicherung" als „auf Gegenseitigkeit beruhende wirtschaftliche Veranstaltung zwecks Deckung zufälligen schätzbaren Vermögensbedarfs". Wäre die Versicherung nur möglich, wenn allen wesentlichen Merkmalen des Begriffs vollkommen Genüge geschähe, so würde unser Wirtschaftsleben nur auf wenige Versicherungszweige beschränkt bleiben. Es gibt Versicherungszweige, die ständig eingebürgert sind, denen man gar nicht anmerkt, daß ihnen die eine oder andere Säule fehlt, die ein Versicherungsgebäude bedarf, um von vornherein Dauerhaftigkeit zu gewährleisten. Meist fehle eine genügend sichere Wahrscheinlichkeitsschätzung. Eine langjährige Praxis, die die Risikenschätzung meist zu vermeiden wußte, habe diesen Mangel ausgleichen gelernt. Die Zahl der Unternehmungen, die sich der Reklame halber des Versicherungsnamens bedienen, nehmen zu. Sie wären allein zu dem Zwecke gegründet, den Gründern Vorteile zu verschaffen und verschwänden dann plötzlich von der Bildfläche. Man denke an Zwillings-, Ehescheidungs-, Unterstützungs-, Tuchschaden-, Hausschwamm-Versicherung u. s. w.

Prof. Dr. Blaschke-Frankfurt a. M. meint, die Frage, ob sich eine Grenze der Möglichkeit, eine Versicherung zu betreiben, bestimmen lasse, sei so allgemein gefaßt nicht bestimmt zu beantworten, weil die Versicherungsmöglichkeit je nach dem Stande der Wissenschaft und Technik eine verschiedene ist. Kaum einen der neueren Versicherungszweige könne man schlechthin als zweckmäßig oder unzweckmäßig bezeichnen. Die Frage müßte lauten: wie läßt sich die der Eigenart des betreffenden Versicherungszweiges am besten entsprechende Organisation schaffen? Die gestellte Frage, ob es eine Grenze der Möglichkeit für die Versicherung gibt, sei daher mit Nein zu beantworten.

Die Diskussion über die Sterblichkeitstafeln für Rentenversicherte war eine sehr eingehende, bewegte sich aber naturgemäß nur auf rein versicherungstechnischem Gebiete.

In der ersten bereits erörterten Frage der Zuschlagsprämien für erhöhte Risiken wurde ein Antrag auf Einsetzung einer internationalen Kommission zur weiteren Prüfung dieser Frage unter Hinzuziehung von Aerzten dem „comité permanent" zur weiteren Behandlung überwiesen. Der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Florschütz-Gotha, erhofft von der Einsetzung dieser Kommission, daß künftig ein gemeinsamer Kongreß für Versicherungswissenschaft und Versicherungsmedizin ermöglicht wird.

Am Nachmittage besichtigten die Kongreßteilnehmer die Räume des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung.

Schweiz.

Soeben erläßt der leitende Ausschuß des Schweizer Katholischen Volksvereins (Zentralpräses Dr. Pestalozzi-Pfyffer) einen begeisterten Aufruf zur Teilnahme am 2. Schweizer Katholikentag in Freiburg vom 22. bis 25. September. „Unser Programm", heißt es u. a., „richtet sich aufwärts und vorwärts. Es legt auf die Pflege religiösen Geistes und ernsten moralischen Sinnes im Volke ein Hauptgewicht; es faßt aber auch ebenso entschieden die wirtschaftliche Hebung gedrückter Volksklassen und die soziale Reform, wie die gesamte geistige und künstlerische Entwicklung im Kulturleben unseres Vaterlandes ins Auge."

„So sehr uns auch die Verteidigung unserer kirchlichen Freiheiten und Rechte am Herzen liegt, so ist doch damit unsere Aufgabe nicht erschöpft. Vollberechtigte Bürger, fordern wir unseren Arbeitsanteil im Staate auch auf allen anderen Gebieten. Nur so ist es uns möglich, unsere Kraft voll einzusetzen für das Wohl und Gedeihen des lieben Vaterlandes, dessen treue Söhne wir allzeit sind und bleiben wollen. . . . . . Mit aller Entschiedenheit erklären wir Schweizer Katholiken uns stets bereit zu tatkräftiger Mitarbeit mit den Bürgern anderer Konfession, wo immer es darum sich handelt, des Vaterlandes Sicherheit und Wohlergehen zu fördern. . . ."

Dem Aufruf ist das nunmehr vorliegende, überaus reichhaltige Programm beigeschlossen. An der ersten deutschen Hauptversammlung von Sonntag, dem 23. d. M. wird nach dem Eröffnungsworte des Zentralpräsidenten der hochwürdigste Herr Bischof Dr. Ferdinandus Rüegg von St. Gallen eine Ansprache halten. In der Sektion für inländische Mission wird die Frage der „Gründung einer Pensionskasse für den Schweizer katholischen Klerus" eine eingehende Behandlung erfahren. — Gleich wie am letzten deutschen Katholikentag in Essen ist der christlich-sozialen Arbeiterschaft und ihren Forderungen weitgehendster Spielraum gelassen. Am Sonntag, als dem eigentlichen Volkstag, findet mittags 1 Uhr der Festzug statt. — In der Sektionsversammlung der Jünglingsvereine vom 22. d. M. wird u. a. S. K. H. Prinz Max einen Vortrag halten über: „Die Marianische Kongregation, das Ideal des Jünglingsvereins" und Mgr. Dr. Mehler-Regensburg einen kurzen Bericht bringen über „Die Jünglings- und Burschenvereine Deutschlands". Das Programm der zweiten deutschen Hauptversammlung vom Montag, welche zugleich die Generalversammlung des Schweizer Katholischen Volksvereins ist, bringt wiederum eine Reihe von Vorträgen über die verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens, welche besonders den Schweizer Katholiken interessieren. Das Schlußwort wird Universitätsprofessor Dr. Decurtins-Freiburg halten.

Frankreich.

Paris, 13. Sept. Der „Matin" glaubt bestätigen zu können, daß im letzten Ministerrate als Nachfolger für den Botschafter Bihourd in Berlin, der in den Ruhestand treten wolle, der jetzige Botschafter in Madrid, Cambon, in Aussicht genommen sei. Der Resident von Tunis, Pichon, würde den Madrider Botschafterposten erhalten.

Türkei.

Konstantinopel, 13. Sept. (Telegramm.) Die Pforte richtete an die türkischen Vertreter im Auslande ein für die Großmächte bestimmtes Rundschreiben, dessen Zweck es ist, die Mächte auf ernste militärische Maßnahmen vorzubereiten. Die Pforte erklärt, sie wolle keine großen Rüstungen Bulgariens mehr dulden und habe sich deshalb entschlossen, mit ähnlichen militärischen Maßnahmen zu antworten.

Amerika.

Washington, 13. Sept. (Telegramm.) Von gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Entsendung von Kriegsschiffen nach Cuba nur zum Schutze der amerikanischen Interessen geschieht, um den amerikanischen Bürgern, die durch die feindlichen Parteien bedroht sind, einen Zufluchtsort zu bieten. Die erwartete Ankunft von den Transportschiffen mit zwei von den Philippinen heimkehrenden Regimentern wird die bereiten Streitkräfte an der atlantischen Küste bringen für den Fall, daß eine Intervention notwendig werden sollte.

Persien.

Teheran, 13. Sept. (Telegramm.) Obgleich der Schah das Wahlgesetz unterzeichnet hat, verlassen die geflüchteten Perser die englische Gesandtschaft nicht. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Die Forderung der extremen Partei, die früheren Minister zu verbannen, wird allgemein gemißbilligt.

Städtisches.

(Nachdruck der mit Originalkorrespondenzzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk." gestattet.)

Münster, 13. Sept.

§ **Professor Dr. Jos. Bern. Nordhoff** ist heute morgen plötzlich infolge eines Schlaganfalles gestorben. Geboren zu Liesborn am 22. Dezember 1838, absolvierte er nach dreijährigem Besuche das Gymnasium zu Paderborn im Jahre 1858 und studierte dann an der damaligen Akademie zu Münster, sowie ferner an den Universitäten München und Bonn und begab sich, nachdem er in Berlin dem Studium obgelegen, nochmals nach Bonn. Im Juni 1864 promovierte er in Freiburg i. B. zum Dr. der Philosophie. Außer theologischen Studien betrieb er zunächst alte und neuere Sprachen, Naturwissenschaften, später eingehend Geschichte, Kunstgeschichte und Aesthetik und begann bald nach seiner Promotion mit einer ausführlichen Geschichte des ehemaligen Klosters Liesborn. Auch lieferte er bemerkenswerte Beiträge zur Kunstgeschichte Westfalens. Am 26. November 1879 habilitierte er sich in Bonn für die Fächer der Kunst- und Kulturgeschichte, siedelte aber bald nach Münster über, wo er zunächst außerordentlicher Professor und gegen Ende der 80er Jahre ordentlicher Professor der Kunst- und Kulturgeschichte wurde. Schon seit längerer Zeit war Professor Nordhoff leidend, so daß er gezwungen war, zeitweise seine Vorlesungen auszusetzen. Professor Nordhoff hat eine außerordentlich reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. So begann er 1880 die Herausgabe der Kunst- und Geschichtsdenkmäler der Provinz Westfalen, wofür er selbst die ersten beiden Bände (Warendorf und Hamm) lieferte. An verschiedenen periodischen Zeitschriften war er ständiger Mitarbeiter, so in den Jahresberichten des Westf. Provinzialvereins für Wissenschaft und Kunst. Außerdem lieferte er zahlreiche Aufsätze und Notizen, Rezensionen und Beiträge zu den Werken anderer. Bei seinen Kollegen und Hörern sowie bei seinen Mitbürgern war Professor Nordhoff beliebt und geachtet. R. I. P.

— **Festhalle.** Nur noch zwei Vorstellungen, und das Eröffnungsprogramm hat sein Ende erreicht. Die Direktion versprach wirklich nicht zuviel, das Programm war vielseitig und durchaus erstklassig, wie es in keiner Großstadt besser geboten wird. Am morgigen Freitag findet der zweite sogenannte „Elite-Abend" statt, an welchem das Rauchen nicht gestattet ist, eine Einführung, die sich besonders in besseren Kreisen großer Beliebtheit erfreut. Beweis dafür ist der rege Besuch dieser Vorstellungen. — Am 16. September hält eine ganz neue Künstlerschar ihren Einzug in die Festhalle. Wie von der Direktion mitgeteilt wird, sind auch diesmal wieder nur erste Kräfte verpflichtet. Jetzt kommen auch Japaner nach Münster. Die Mitulas, die weltbekannte Truppe, zweifellos die Meister auf dem Gebiet der Equilibristik, die in schwindelnder Höhe die waghalsigsten Evolutionen ausführen. Es ist wohl anzunehmen, daß auch das neue Programm volle Häuser zu verzeichnen hat.

§ **Ueberfall.** Gestern abend 7.30 Uhr wurde auf der Fischerbergstraße ein 15jähriges Mädchen von einem dem Arbeiterstande angehörigen Manne angehalten. Auf die Frage nach einer Straße gab die Kleine bereitwilligst Auskunft. Er bat sie, mit ihm zu gehen, und versprach ihr 1 Mk. Das Mädchen weigerte sich zu gehen, worauf der Mann sie ergriff und mit sich ziehen wollte. Auf das Hilfegeschrei ließ der Täter von seinem Opfer ab und flüchtete. Da zufällig keine Passanten auf der Straße waren und bei dem herrschenden Dunkel gelang es ihm, zu entkommen.

Provinzielle Nachrichten.

* **Aus Westfalen**, 13. Sept. Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zu Berlin über die Gesamtsterblichkeit in den Städten und Orten der Provinz Westfalen mit 15 000 und mehr Einwohnern während des Monats Juli sind von je 1000 derselben — aufs Jahr berechnet — gestorben: In Siegen 9.5, Gevelsberg 9.5, Lüdenscheid 9.6, Herford 10.1, Soest 13.5, Langendreer 14.1, Bielefeld 14.6, Hagen 15.5, Paderborn 16.3, Schwelm 16.4, Minden 16.6, Hörde 16.7, Iserlohn 17.2, Unna 17.9 (ohne Ortsfremde 15.9), Witten 17.9 (ohne Ortsfremde 12.1), Münster 18.5, Haspe 18.6, Bottrop 19.0, Hamm 19.2 (ohne Ortsfremde 18.0), Buer 19.3, Recklinghausen Land 19.8, Osterfeld 20.2, Bochum 21.7, Weitmar 21.7, Herten 23.0, Bocholt 24.8, Wattenscheid 24.8 (ohne Ortsfremde 23.4), Eickel 24.9 (ohne Ortsfremde 19.8), Gelsenkirchen 26.1, Dortmund 27.2, Horst 27.7, Herne 30.9, Wanne 32.1 und in Recklinghausen 33.6 Personen. — Die Säuglingssterblichkeit war im Monat Juli dieses Jahres eine beträchtliche, d. h. höher als ein Drittel der Lebendgeborenen in 49 Orten. Sie betrug sogar mehr als die Hälfte in 3 Orten; sie blieb unter einem Zehntel derselben in 17 Orten.

* **Unna**, 12. Sept. Im hiesigen Krankenhause starb ein 2½ Jahre alter Knabe aus Holzwickede an den Folgen der Verbrennung der Speiseröhre. Der Kleine hatte in einem unbewachten Augenblicke aus einer auf dem Tische stehenden Kanne heißen Kaffee getrunken.

§ **Dortmund**, 13. Sept. Eine Revolverpatrone fand auf der Straße der Arbeiter Köhler. Er untersuchte zu Hause das Geschoß näher und zündete sich dabei eine Zigarre an. Plötzlich erfolgte eine Explosion. K. wurde im Gesicht und an der Brust erheblich verletzt, eine Hand wurde ihm verstümmelt. — Ein Irrtum, der leicht schlimme Folgen nach sich ziehen konnte, unterlief einer Köchin im benachbarten Dorstfeld. Beim Backen von Kartoffelklößchen benutzte sie versehentlich Rauchkraut statt Mehl. Einige Stunden darauf stellte sich bei sämtlichen Mitessern ein erhebliches Erbrechen und heftige Schmerzen ein, die sich glücklicherweise nach längerer Zeit wieder begaben. — Der frühere Polizeiinspektor Haarmann ist gestern im Alter von 80 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Er war 50 Jahre im Polizeidienst tätig und wurde wiederholt durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. Die Gesellschaft „Kasino" hatte ihn zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt.

* **Langendreer**, 12. Sept. Auf der Zeche „Heinrich Gustav" geriet ein italienischer Bergmann unter herabstürzendes Gestein. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

* **Bochum**, 13. Sept. In Dennern verlor ein 2jähriger Knabe beim Vorbeugen aus dem Fenster des dritten Stockwerkes das Gleichgewicht und fiel auf die Straße. Er konnte nur als Leiche aufgehoben werden.

§ **Wattenscheid**, 12. Sept. An der Unterführung der Bergisch-Märkischen Eisenbahn wurde ein 5jähriger Knabe von einem Lastwagen überfahren und getötet. Dem Unglücklichen ist die Schädeldecke zertrümmert. Die Schuld trifft den Kutscher.

* **Iserlohn**, 13. Sept. Im benachbarten [illegible] fiel beim Obstpflücken ein 17jähriger Schulknabe infolge Fehltrittes aus beträchtlicher Höhe vom Baume herab und trug schwere innere Verletzungen davon.

* **Menden**, 12. Sept. Für die Eisenbahn Iserlohn-Hemer-Menden sind [illegible] zur Deckung der Grunderwerbskosten von der Stadt Iserlohn Anleihen in Höhe von 550 000 Mk. aufgenommen worden. Diese Anleihen bestanden am 1. April d. J. noch in Höhe von 114 023.45 Mk., getilgt sind somit 404 979.55 Mk. An Frachtzuschlägen, deren Erhebung bis 1910 bezw. 1911 erfolgen kann und aus denen die Zinsen- und Tilgungsbeiträge für die Anleihen von der Stadt Iserlohn gedeckt werden sind, sind bis 31. März d. Js. insgesamt 709 851.40 Mk. eingegangen. Es ist bestimmt Aussicht vorhanden, daß die Erhebung der Frachtzuschläge mit Ende 1909 aufhören kann, weil dann der Rest der Schuld getilgt sein wird.

§ **Lipp**. 12. Sept. Heute morgen starb zu Haus Cauen der hochw. Gymnasialoberlehrer am Progymnasium zu Rietberg, Joseph Sundermann. 1869 zum Priester geweiht, leitete er zuerst die Rektoratschule zu Hagen, wirkte dann einige Jahre als Pfarrer in [illegible] und war seit 1885 als Religionslehrer am Progymnasium in Rietberg.

* **Duisburg-Ruhrort**, 12. Sept. Die Stadtverordneten bewilligten 55 000 Mk. für den diesjährigen Etat zur Aufbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter.

⊙ **Duisburg**, 12. Sept. Die Haftpflicht des Lehrers infolge Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ist in einem für weitere Kreise beachtenswerten Rechtsstreit durch gerichtliches Urteil festgestellt worden. Am 16. Juli 1903 erteilte der Lehrer M., welcher damals an der Volksschule in Beeck angestellt war, seinen Schülern Turnunterricht. Ein Schüler, der eine Turnübung unrichtig machte, erhielt hierdurch von dem Lehrer Ohrfeigen. Als der Schüler die Uebung immer noch nicht richtig machte, soll der Lehrer den ersteren mit großer Gewalt mittels eines Turnstabes gegen die Brust gestoßen und auf den rechten Arm geschlagen haben, so daß der Stab entzwei brach. Infolge dieser körperlichen Mißhandlung und der großen seelischen Erregung soll der Schüler Atemnot und Zittern am ganzen Körper bekommen haben. Es habe ihm jetzt erst recht nicht möglich war, die Uebung richtig zu machen. Trotzdem soll aber der Lehrer die Mißhandlungen fortgesetzt haben. — Der Vater des Schülers verklagte den Lehrer auf Schadenersatz, indem er ausführte, die Verletzungen seien so schwer gewesen, daß man den Knaben erst am zweiten Tage nach dem Vorfalle ins Krankenhaus habe transportieren können. Infolge der Mißhandlungen — und darauf gründete sich die Klage — sei der Knabe, der bis dahin gesund gewesen, [illegible] geworden. Sofort nach dem Vorfalle habe sich nämlich bei ihm eine traumatische Neurose gezeigt, die in einzelnen Anfällen aufgetreten sei. Die eingetretene Herzvergrößerung sei derart, daß sie voraussichtlich niemals mehr behoben werden könne. — Der Lehrer behauptete, das ihm zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten zu haben. — Das Landgericht Duisburg hat nach umfangreicher Beweisaufnahme den Anspruch des Klägers dem Grunde nach — zugestanden war eine jährliche Rente von 600 Mk. und die einmalige Zahlung von 3000 Mk. — für berechtigt erklärt. Es stehe — so wird in den Urteilsgründen ausgeführt — unzweifelhaft fest, daß der bei den Turnübungen gebrauchte Stab während der Hilfeleistung des Lehrers zerbrochen sei. Obgleich nun die Zeugenaussagen weit auseinandergingen, seien die Mißhandlungen mit dem Stabe als erwiesen anzunehmen. Schon die Angabe des Lehrers, daß der Stab ohne Anwendung von Gewalt zerbrochen sei, sei durchaus unglaubwürdig. Denn ein Stab, der zu derartigen Uebungen gebraucht werde, zerbreche nicht ohne Anwendung einer ziemlich bedeutenden Gewalt. Zwar habe kein Zeuge bekunden können, daß der Beklagte den Schüler unter Anwendung von Gewalt gestoßen habe; nach dem festgestellten körperlichen Befunde könne es aber nicht zweifelhaft sein, daß der Stoß mit großer Wucht geschehen und nicht bei der Hilfeleistung erfolgt sei. Daß der Schüler trotz der Verletzungen weitergeturnt habe, erscheine ebenfalls erklärlich. Denn offenbar habe derselbe lediglich aus Furcht nicht gewagt, aufzuhören und unter Aufbietung seiner ganzen Willenskraft die Schmerzen unterdrückt und weiter geturnt. — Nach alledem sei der Klageanspruch begründet.

* **Vom Niederrhein**, 13. Sept. Nachdem im südlichen Teile des Kreises Mörs durch die Kruppschen [illegible] und die fünf Schächte des Bergwerks „Rheinpreußen" Industrie und Bergbau auf der linken Seite des Niederrheins festen Fuß gefaßt haben, schreitet der Ankauf der ausbeutefähigen Strecken ununterbrochen und sehr schnell fort. So hat sich die Gewerkschaft Niederrhein zu Düsseldorf in den Kreisen Mörs, Geldern und Kleve weite Felder zur Gewinnung von Kohlen und Salzen gesichert. Im mittleren Teile des Kreises Mörs, um Rheinberg herum, liegen große Anlagen der deutschen Solvaywerke. In den Ortschaften Repelen, [illegible], Rheinberg und [illegible] im Norden hat der Bergassessor Stein aus Düsseldorf ausgedehnte Gebiete zur Gewinnung von Steinkohlen erworben. Fortgesetzt gehen die großen, zum Teil recht wertvollen Bauerngüter des Niederrheins durch Kauf in andere Hände über. Beim Verkaufe der Bauerngüter bleiben gewöhnlich die bisherigen Besitzer als Pächter so lange auf dem Hofe, bis die bergbauliche Interessengemeinschaft [illegible] hält. — Der Abbau der Kalisalze, die sich in großen Lagern zwischen Mörs und Wesel über Rheinberg hin verbreiten, hat einen sehr lebhaften, neuen Gewerbezweig in unsere Gegend gebracht. Auf der genannten, etwa 40 Kilometer langen Wegstrecke ist durchweg mit fast überall gutem Erfolge auf Salz gebohrt worden.

* **Krefeld**, 13. Sept. Mit der Ausführung des Bildnisses der Kaiserin für das hiesige Rathaus ist der Maler [illegible] in Düsseldorf vom Kommerzienrat Freiherrn v. d. Heydt beauftragt worden, der das Gemälde der Stadt als Ersatz für das schon vorhandene Bild schenken will. Freiherr v. d. Heydt hat bereits ein Bild der Kaiserin, das vom hiesigen Maler Fritz Reusing gemalt worden ist, gestiftet. Dieses Bild bildete, weil es als unkünstlerisch bezeichnet worden war, den Gegenstand eines längeren Prozesses, den Reusing gegen Freiherrn v. d. Heydt angestrengt hatte. Freiherr v. d. Heydt hatte nämlich, als er Reusing mit der Ausführung des Bildes betraute, dem Maler ein Künstlerhonorar von 1000 Mark zu[illegible] Professor Janssen-Düsseldorf dem Bilde künstlerische Eigenschaft abgesprochen würde. Prof. Janssen hat aber im [illegible] Sinne geurteilt. Als Frhr. v. d. Heydt sich infolge dessen weigerte, die 1000 Mark zu zahlen, klagte Reusing diesen Betrag ein, wurde aber mit seiner Klage sowohl vom hiesigen Landgericht als auch vom Oberlandesgericht in Köln abgewiesen.

□ **Düsseldorf**, 13. Sept. Eine gestern hier abgehaltene Versammlung des [illegible] des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien konstatierte, daß die Bierpreiserhöhung überall durchgeführt und glatt verlaufen ist. Die Brauerei Beckmann in Solingen hat ihr Angebot an die Einkaufsgenossenschaft zurückgezogen und ebenfalls den Bierpreis um eine Mark erhöht. — In Köln wird der Preisaufschlag von einer Mark pro Hektoliter am 1. Oktober durchgeführt werden. Mehrere Brauereien, die bisher außerhalb des Ringes standen, haben sich diesem gegenüber ebenfalls verpflichtet.

* **Köln**, 13. Sept. Herr Stadtdechant und Ehrendomherr Bruckmann, Pfarrer von St. Kolumba, beging gestern in voller geistiger Frische die Feier seines 80. Geburtstages. Geboren am 12. September 1826 zu Recklinghausen bei Essen empfing Herr Bruckmann am 3. September 1850 die hl. Priesterweihe, war später als Religionslehrer in Essen und in der Ritterakademie zu Bedburg tätig und wirkte als Pfarrer in Schleiden und Solingen. Am 1. September 1886 trat er sein Amt als Pfarrer von St. Kolumba an. Unter großer Teilnahme der Pfarreingesessenen und zahlreicher hiesiger Freunde und Verehrer beging Herr Bruckmann im September 1900 sein goldenes Priesterjubiläum. Nach dem Tode des Herrn Pfarrer Thomas erfolgte am 10. Oktober 1902 seine Ernennung zum Stadtdechanten und 1903 die Ernennung zum Ehrendomherrn. Bis zum heutigen Tage versieht Herr Bruckmann sein Amt in vollem Wirken, [illegible]. Als besonderer Freund der Schule erteilt er heute noch den regelmäßigen Religionsunterricht. Ein hervorstechender Charakterzug des Herrn Stadtdechanten ist, wie die „K. Volksztg." hervorhebt, Einfachheit und schlichtes Wesen gepaart mit Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft. Eine öffentliche Feier seines Ehrentages hatte er sich in seiner Bescheidenheit verbeten. Kirchenvorstand, Gemeindevertretung, Domkapitel, die in seiner Pfarre belegene Volksschule, sowie zahlreiche hiesige Freunde ließen es sich aber nicht nehmen, ihre herzlichsten Glückwünsche darzubringen.

* **Eschwege**, 13. Sept. Die Nachricht, daß zwei Reservisten der hiesigen Manövertruppen am Hitzschlage gestorben seien, ist nicht zutreffend. Im Bereich des 11. Armeekorps sind unter den Truppen seit dem Beginn der Manöver überhaupt keine Todesfälle zu verzeichnen.

* **Aachen**, 13. Sept. Eine neue Spielbank hat sich in Vaals in den vom Klub High Life benutzten Räumen aufgetan. Die Spieler bilden eine geschlossene Gesellschaft und können nach dem holländischen Gesetz der Polizei das Betreten des Lokals verwehren.

* **Hannover**, 12. Sept. Wegen unerlaubter Veranstaltung einer Lotterie hatten sich zwei hiesige Kaufleute vor der Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagten waren Leiter von Vertriebsstellen einer in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitschrift. Der Verlag dieser Zeitschrift fügte verschiedenen Nummern Gutscheine bei, die den Abonnenten ¼ Gewinnanteil an einem ⅛ Los der preußischen Klassenlotterie zusicherten. Die Abonnenten erhielten auch mit verschiedenen Nummern lautende Gutscheine, die aber nur für eine Klasse Geltung hatten, für die nächste Klasse wurden neue Scheine verteilt. Einen Anspruch an Gewinnen hatten nur Abonnenten, die durch Quittungen den regelmäßigen Bezug der Zeitschrift nachweisen konnten. Hierin wurde der Tatbestand der unerlaubten Veranstaltung einer Lotterie erblickt. Jeder der Angeklagten wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

□ **Emden**, 12. Sept. Die Nordseewerke sind mit Aufträgen gut versehen; die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat 600 schon überschritten. Im Betriebe ist [illegible], als die noch auf dem Stapel stehenden großen Leichter das Auslegen zweier Seedampfer noch nicht gestatten. Das bedingt die Notwendigkeit einer Vergrößerung der Werftanlage, weshalb das Aktienkapital auf 5 Millionen Mk. erhöht worden ist, zumal die Erweiterung des Hafens und der Schiffsbauten eine solche Bewegungsfreiheit bedingt. Der Bau des 2. Trockendocks ist ebenfalls schon in Angriff genommen. Es erfolgt zugleich der Bau von Arbeiterbaracken mit Speisehallen, um der für die Arbeiter ungünstigen Wohngelegenheit vorläufig abzuhelfen.

Kirchliche Nachrichten.

Rom, 11. Sept. Im Oktober werden nach dem „Deutschen Volksbl." sämtliche Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz nach Rom reisen. Am 15. November werden auch die Kardinäle Fischer und Kopp hier eintreffen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Hagen, 13. Sept. (Telegramm.) [illegible]

Vermischtes.

Hamburg, 12. Sept. [illegible]

Frankfurt a. M., 12. Sept. [illegible]

Insterburg, 13. Sept. [illegible]

[illegible]

Neueste Nachrichten.

Liegnitz, 13. Sept. (Telegramm.) [illegible]

Paris, 13. Sept. [illegible]

Paris, 13. Sept. (Telegramm.) [illegible]

Odessa, 13. Sept. (Telegramm.) [illegible]

Athen, 13. Sept. [illegible]

Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.

[illegible]

Handels-Nachrichten.

* Westfälische Drahtindustrie in Hamm i. W. [illegible]

* Die Terraingesellschaft Osnabrück-Nordwest, Akt.-Ges. in Osnabrück [illegible]

* Bergwerksverleihungen. [illegible]

* Preussische Zentral-Bodenkredit-Akt.-Ges. in Berlin. [illegible]

* Aus dem Getreide-Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats [illegible]

[illegible]

* Verkehrsbahnen. [illegible]

* Vereinigte Breslauer Oelfabriken, Breslau. [illegible]

* Schlesische Kleinbahn-Akt.-Ges. [illegible]

* Eine internationale Röhrenkonvention [illegible]

* Erhöhung des Londoner Bankdiskonts auf 4 Proz. [illegible]

* Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt [illegible]

* Pachtgeschäft der Great Northern Bahn und des Stahltrusts. [illegible]

* Canadische Pacific-Bahn. [illegible]

Getreide.

* Berlin, 13. Sept. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) [illegible]

* Paris, 13. Sept. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) [illegible]

* Liverpool, 13. Sept. (Eig. Drahtb. d. „Westf. Merkur".) [illegible]

Zucker.

* Hamburg, 13. Sept. [illegible]

* Magdeburg, 13. Sept. [illegible]

Baumwolle.

* Bremen, 13. Sept. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) [illegible]

* Liverpool, 13. Sept. [illegible]

Kaffee.

* Hamburg, 13. Sept. [illegible]

* Havre, 13. Sept. [illegible]

Metalle.

* London, 13. Sept. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) [illegible]

* London, 13. Sept. [illegible]

Oele und Spiritus.

* Berlin, 13. Sept. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) [illegible]

* Paris, 13. Sept. [illegible]

Amerikanische Warenkurse.

(Eigener Drahtbericht des „Westf. Merkur".)

* New-York, 13. Sept. Baumwolle. [illegible]

* New-York, 13. Sept. Weizen. [illegible]

* Chicago, 13. Sept. Weizen. [illegible] Mais. [illegible] Hafer. [illegible]

* Chicago, 13. Sept. Schmalz. Jan. [illegible] Pork. Jan. [illegible]

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

[illegible]

Nachbörse.

[illegible]

Tendenz-Bericht.

* Berlin, 13. September. [illegible]

[illegible]

Verantwortlich für den [illegible] Teil: [illegible] in Münster.

Der neueste glänzende Erfolg des Bioson bei Nervosität!

Bonn, den 8. Juni 06. [illegible]

[illegible]

(Kreuzstern) **MAGGI's Erzeugnisse** tragen die Schutzmarke Kreuzstern.

MAGGI's Würze verbessert in hervorragender Weise schwache Suppen, Saucen, Gemüse usw. Sehr ausgiebig (sparsam verwenden).

MAGGI's Suppen ernährlichen et, in 3 Tagen Zeit, nur mit Wasser, vorzüglicher, kräftige Suppen herzustellen. Ein Würfel für 2 gute Teller 10 Pfg.

MAGGI's Bouillon-Kapseln geben sofort 1 Tasse Fleischbrühe 5 Pfg. 1 Tasse Kraftbrühe 7½ Pfg. In Kapseln zu 10 resp. 15 Pfg. für je 2 getrennte Portionen.

Kath. Pensionat Cöln-Neustadt Hohenstaufenring 51—53. Gediegene Erziehung, gründliche wissenschaftliche Ausbildung. Vorbereitung für Lehrerinnen. Gesundliches Familienleben. Prospekte und Referenzen durch die Vorsteherin Frau Marie Drammer.

Die Tuchfabrik L. G. Vocke, Braunschweig bei Osnabrück, empfiehlt ihr bestes Geschäft dieser Art, Buxkins und Cheviots in modernen Farben und Mustern, Kammgarne, Boden-, Ueberzieher- und Damenkleiderstoffe, welche zu billigen Preisen direkt an Private abgegeben werden. — Muster gegen Rückporto zu Diensten. — Alle, geringere Reklamationen werden gründlichst und schnellstens erledigt.

Bei Anfragen bezw. Aufträgen bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen.

Dittmar's Möbel-Fabrik

Berlin C., Molkenmarkt 6. Gegründet 1836. Beschäftigung arbeitsloser Abbildungen kostenfrei.

Haus für beste Wohnungs-Einrichtungen vom Einfachsten an. Mässige feste Preise.

Pensionat unter Leitung der Schwestern vom Orden der Dienstmägde Mariä zu Erps (Sorgenbergh) bei Brüssel für Mädchen von 14 bis 18 Jahren. Mk. 425 inkl. Gebrauch des Bettes und Besorgung der Wäsche. Handarbeiten und Anfertigung von Kleidern, Haushaltung. Dieses Institut wird ganz besonders zur Erlernung der Französischen empfohlen.

Importhaus täglich **Baumwollabfälle** sucht tüchtigen Vertreter. Off. sub F. Z. 1060 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.

Gegen hohen Lohn sucht zum Oktober für ein Schloß in Ostpreußen ein tüchtiges, solides, kinderliebes **Küchenmädchen** gesucht, welches perfektes in Schneidern und zu putzen versteht, sowie Liebe zum Kochen hat, um der Küchen selbständig zu leiten.

Ohne dasselbe wird ein fleißiges **Zweitmädchen,** welches Stickereiwäsche bügeln kann, sowie eine **Kammerjungfer,** welche feinen und schönen kann, **gesucht.** Zeugnisse und früheren Stellungen, sowie Photographie zu senden an Frau Landrat von Hanlel, Landsmüllers Besitzungen.

Bekanntmachung.

Die Intendantur des VII. Armeekorps zu Münster hat die endgültige Festsetzung des Planes für das zu errichtende Spezialreservelazarettgebäude bei Haus Spital bezüglich der Inanspruchnahme des Gemeindegebiets Münsters Stadt (Ueberwasser) beantragt, in der nachstehenden Nachweisung aufgeführten Grundstücken benutzt. Gemäß § 19 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum, vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221), wird daher der hierdurch betroffene Grundstücke betreffende dortseitig festgestellte Plan nebst Belagen, bestehend aus einer Nachweisung der erforderlichen Grundstücke, einem Erläuterungsberichte und einem Anstoße auf dem Rathaus, während vierzehn Tagen, und zwar vom Sonnabend, den 15. September 1906, einschließlich Montag, den 28. September 1906, innerhalb der Dienst- bezw. Geschäftsstunden bei dem Oberbürgermeister zu Münster, und zwar auf der Stadtregistratur (Zimmer Nr. 22 des Stadthauses) zu jedermanns Einsicht offen liegen.

Während dieser Zeit kann jeder **bei den genannten Grundstücken** Beteiligte im Anfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben.

Nach der Verfassung des Gemeindebezirks hat das Recht, Einwendungen zu erheben, welche sich auf den Antrag oder auf Anlagen der im § 14 des Gesetzes gedachten Art beziehen.

Einwendungen sind beim Oberbürgermeister zu Münster schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben.

Münster, den 5. September 1906.

Der Regierungs-Präsident:
J. V.: **Jungé.**

Drahtschutzgitter
für Kellerfenster, Speichergebäude etc.
Bester Schutz gegen Katzen, Ratten, Mäuse, Fliegen, Einbruch etc.
Beste Vergitterung wegen Ermöglichung unbesorgten Offenhaltens der Fenster.
Anfertigung in Eisen- und Holzrahmen, welche mir zum sachgemäßen Einsetzen der Gebäude auch zugesandt werden können.
Auf Wunsch komplette Lieferung, inkl. Massenmontage und Anbringen.
Julius Hupfer, Hafenstrasse 48,
Fabrik von Drahtgeflechten, Drahtgeweben, Drahtgittern etc.
Bestellung per Postkarte oder Fernsprecher No. 158) genügt.

Pensionat der Schwestern vom armen Kinde Jesus in Moresnet (bei Aachen). Gesunde Lage. — Gewissenhafte Körperpflege. — Gründlicher Unterricht in allen Fächern der privilegierten höheren Mädchenschule. — Schöner Garten zur Benutzung bei Spielstunden. Anfragen um Prospekte zu erbeten an die Vorsteherin der Anstalt, Post Preußisch-Moresnet.

Wiesbaden Kathol. Töchterpensionat Gründliche, vielseitige, gesellschaftl. Ausbildung. Frl. Mil. Prospekte. Hedwig Jüttner.

Pianos modernen Stils, Flügel u. Pianinos in vollkommener Ausführung, neu und gebraucht, sowie Harmoniums und Klavierspielapparate in reicher Auswahl empfiehlt **Rud. IBACH Sohn** Kgl. Hof-Pianofortefabrikant Alleinvertrieb des Pianola und Aeriola **Barmen** Neuerweg 40 Berlin-Köln-Düsseldorf-Hamburg-London. Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als 40jährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses **IBACH**

Heirat! Gesucht, kath. Herr, Anfangs der 30er, vornehm, reich, von adel. Kul., in angeh. Lebensstell., sucht zwg. Mang. an pass. Damen-Bekanntsch. mit Ziel. Ehe. Wege Ab. Vermögen, nicht Bedingung. Gefl. Off. unter Special-Marken: Dame gleichen Kreises, im Alt. bis zu 30 Jahr. ev. m. Vermögen, Offerten Vermög. Bedingung. Vermittl. durch Ehrenmann verbeten. Anonyme Zuschriften gemäßt. Diskretion Ehrensache. Briefe mit Angabe der Verhältn. u. Photograph. unt. M. C. 98 sind zu richten an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8, Leipzigerstr. 31/32.

Ludgerihof. Rufe f. **Bouillon,** f. **Kaffee** mit selbstgek. **Knochen,** Erbsp. u. **Punsche.** 4 **Billards.**

Henkel's Bleich-Soda wäscht schnell und gut

Aug. Hammerschlag, Cigarrenfabrikant in **Bremen,** empfiehlt von seinen rühmlichst bekannten Cigarren insbesondere die Special-Marken:
Germania, milde und fein, à 62½ Mk. per Mille, und
Hammerschlag, mittelkräftig, à 68 „ „ „
wovon Probeabtel gerne zu Diensten stehen. Rücksendung ist gestattet. Versuch ohne Risiko.

Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bureauräumen und Zubehör, in bevorzugtester Lage, Hauptstraße, im Hause (Neue Wandstraße) zu gesucht und angenommen: Preis, ev. einzelne Zimmer oder Bureaus Übernahme zum 1. Oktober d. J. Zuschriften unter 15 zu vermieten. Preis 600 Mark. 1578

Rose & Co., Dortmund.
Westenhellweg 57, 59, 61, 63.
Möbelfabrik Hohe Strasse 128—130.
Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern.
Salons, Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, in allen Preislagen, Stil- und Holzarten.
Grosse, unerreichte Auswahl in Gardinen, Teppichen, Dekorationen, Läufer.
Ausführung von feineren Bauarbeiten, Dielen, Treppen, Kamine, Wandvertäfelungen, Holzdecken.

Christophlack als Fußboden-Anstrich bestens bewährt, trocknet schnell und geruchlos, von Jedermann leicht anzuwenden, gelbbraun, mahagoni, eichen, nußbaum u. graufarbig. In Münster i. W.: A. & F. Hausmann. In Warendorf: Herm. Jos. Hamm.

Aufzüge für Personen u. Lasten modernster Bauart. Düsseldorfer Maschinenbau-Actiengesellschaft vorm. J. Losenhausen Düsseldorf-Grafenberg.

Bei Gicht Rheumatismus Ischias Neuralgien nehme man **Indoform.** Glänzende Erfolge, auch bei sehr alten Fällen. Ohne schädliche Nebenwirkungen! Die ärztlichen Atteste von vielen Ärzten sind bei Jedem zu haben. Preis Zeit für Jahr vorzügliche Wirksamkeit in Tabletten zu 0,25 und 0,5 Inh. Begleitende Bescheinigungen u. Broschüren versendet auf Wunsch zu Diensten. Rich. Otter, zu allen Apotheken, versende ich Muster-Packung à 20 Tabletten gegen Einsendung von 1 Mk. Bezugsquellen werden nachgewiesen. Fabrik chem. Präparate Leipzig-R.

Institut zur hl. Familie in Merten, Kreis Bonn. **Höhere Mädchen-Schule und Haushaltungs-Pensionat,** geleitet von Französinnerinnen. Unterricht in allen Fächern der höheren Mädchenschule, sowie in Musik, Malen und feineren Handarbeiten. — Praktische Erlernung aller Zweige der Haushaltung. — Die Anstalt liegt in schöner und gesunder Gegend am Vorgebirge und verfügt über geräumige Anlagen und einen ausgedehnten Garten. Pensionspreis 500 Mark. Näheres Auskunft erteilt die Oberin.

Landwirtschaftliche Winterschule zu Billerbeck i./W. Das neue Schuljahr beginnt am 6. November 1906. Anmeldungen der Schüler nimmt entgegen und nähere Auskunft über die Schule erteilt bereitwilligst **Der Dirigent:** Brinckmann, Propst.

Landwirtschaftliche Winterschule für Weiberzen, Kreis Steinfurt, beginnt am 6. November. Die Schüler sind hier und dem Hause vor den Stadtgefahren bewahrt. Die Lehrer sind Universitäts-Diplomierte der Anstalt, beim Landrath. Höhere Bescheidung und bei bescheidenen Ansprüchen. Schulgeld 30 Mk. im ganzen. Kostgeld 35 Mk. pro Monat. Anmeldungen und Auskunft beim Dirigenten **Sommer,** Kaplan.

Annoncen-Annahme A. Rolef, Markt 37.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht

auf Grund amtlicher Marktberichte zusammengestellt und nach eigenen telegraphischen Berichten bearbeitet von der Zentralstelle der Preußischen Landwirtschaftskammern (Viehverwertungsstelle) Berlin W., Köthener Straße 28/29.

		Berlin am 8. 9.	Hannover am 10. 9.	Dortmund am 10. 9.	Köln a. Rh. am*) 10. 9.	Oberfeld am 10. 9.	Essen a. R. am 8. 9.	Düsseldorf am 5. 9.
Auftrieb:	Rinder	3112	348	840	1197	502	916	326
	Kälber	1015	—	218	550	172	887	503
	Schafe	10526	274	69	392	182	68	—
	Schweine	8823	997	1754	9885	1041	3425	1505
Tendenz:	Rinder	lebhaft	mittel	mittel	langsam	mäßig	lebhaft	flau
	Kälber	glatt	—	flott	flott	mäßig	flott	wenig
	Schafe	glatt	flott	flott	flott	mäßig	—	—
	Schweine	glatt	langsam	flott	flott	mäßig	lebhaft	lebhaft

	Schlachtgewicht	Berlin am 8. 9.	Hannover am 10. 9.	Dortmund am 10. 9.	Köln a. Rh. am*) 10. 9.	Oberfeld am 10. 9.	Essen a. R. am 8. 9.	Düsseldorf am 5. 9.
Ochsen.								
a) vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes	61	54—56	49—50	50—51	58	51—52	48—49	49
b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	54	43—45	42—43	43—44	54	46	43—44	44—45
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	50	34—38	37—38	37—39	50	39—40	—	39—40
d) gering genährte jeden Alters	46	30—31	—	31—34	45	33—34	—	—
Bullen.								
a) vollfleischige, ausgewachsene bis zu 5 Jahren	60	48—49	48—49	—	59	48	49	44—45
b) vollfleischige, jüngere	53	48—50	41—42	39—40	53	42	39—41	38—40
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	45	41—42	35—37	34—35	47	36	33—34	31—34
d) gering genährte	43	32—35	—	28—30	43	31—32	—	—
Färsen und Kühe.								
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchst. Schlachtwertes	56	—	45—46	45—46	56	—	45—45	46
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchst. Schlachtwertes	52	36—37	40—41	41—42	52	42—43	38—39	40—42
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	50	34	36—38	37—39	49	37—38	—	36—37
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	44	28—29	—	29—32	43	30—31	—	28—30
e) gering genährte Kühe und Färsen	42	25—26	—	—	—	—	—	—
Kälber.								
a) Doppellender	65	59—62	—	58—60	64	65	63—64	58—60
b) beste Mast- (Vollmilchmast) und beste Saugkälber	60	50—53	—	55—57	60	57—58	60—62	54—56
c) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber	54	37—42	—	50—54	49	40—46	—	48—52
d) geringere Saugkälber	44	29—30	—	—	—	—	—	—
Schafe.								
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	50	42—44	44—45	40—42	50	44	40	42
b) ältere Mastlämmer	48	38—40	40—41	—	48	40—42	38	37—38
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mutterschafe)	42	29—30	32—34	—	40	32—34	—	—
d) Holsteiner Niederungsschafe und Wemmer (o. Mg.)	—	36—45	—	—	—	—	—	—
Schweine.								
a) mastl. bis höchstens 1½ J.	—	72	77—78	76	—	77	78	75
b) ältere (sogen. Fettschweine)	—	70—71	73—76	73—75	—	75—76	76—77	72—74
c) leichte	—	68—69	70—72	70—73	—	72—73	73—74	69—70
d) geringe fleischige	—	66	70—72	70—72	—	71—72	65—66	63—70
e) Sauen	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Rinder und Schafe vom 6. 9. 06. Vorstehende Preise verstehen sich für 100 Pfd. Lebendgewicht. Auf die Notizen für Schweine trifft Berlin 20 Prz., die übrigen Märkte ca. 30—27 Prz. Tara ab.